

Landverkauf nicht an den Meistbietenden

DÜBENDORF Die Schulpflege der Sek Dübendorf und Schwerzenbach soll auf dem Areal Wasserfurren den Bau von günstigen Genossenschaftswohnungen ermöglichen – oder das Land der Stadt verkaufen. Das fordert eine Initiative.

Vor vier Monaten lehnte das Volk an der Urne den Verkauf eines 20 000 Quadratmeter grossen Grundstücks der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach ab. Nun verleihen die GEU/GLP, die SP und die Grünen ihrer damaligen Forderung mit der Einzelinitiative «Wasserfurren sinnvoll nutzen» Nachdruck: Das Areal soll so genutzt werden, dass eine Bau-

genossenschaft dort Wohnungen nach dem Prinzip der Kostentante erstellen und betreiben kann.

Mehrere Möglichkeiten

«Das Stimmvolk hat ja klargemacht, dass das Land nicht einfach an den meistbietenden Investor verkauft werden soll», sagt Mitunterzeichnerin Angelika Murer Mikolasek (GEU/GLP). Man habe das Begehren bewusst in der Form einer allgemeinen Anregung formuliert, um der Schulpflege verschiedene Möglichkeiten offenzuhalten. Im Vordergrund stehe sicher die Abgabe im Baurecht, womit die öffentliche Hand weiterhin im Besitz des Landes bliebe, so die Gemeinderätin. Ausserdem sichere diese

Variante der Schulgemeinde langfristige Erträge, wogegen ein Verkauf nur einen kurzfristigen Gewinn in die Kasse spüle, der dann schnell wieder verpuffe.

Der Präsident der Sekundarschulpflege Andreas Sturzenegger (FDP) hatte vor der Abstimmung im Februar erklärt, dass eine Baugenossenschaft gar nicht in der Lage wäre, ein Projekt dieser Grösse zu realisieren. Dem widerspricht Murer: «Das war eine Behauptung. Man hat diese Möglichkeit gar nicht genauer geprüft.»

Erstunterzeichner Hans Baumann (SP) pflichtet dem bei: «Es gab mehrere interessierte Wohnbaugenossenschaften, die haben aber natürlich nicht so viel geboten wie der Investor»,

sagt der Gemeinderat. Gemäss den Initianten wäre auch ein Verkauf an eine Baugenossenschaft oder an die Stadt Dübendorf denkbar. Diese hatte gemäss Sturzenegger auch Interesse gezeigt. Das Angebot des Stadtrats soll aber deutlich unter dem Höchstgebot gelegen haben.

Bildung statt Immobilien

Pflegepräsident Sturzenegger hat nie einen Hehl daraus gemacht, was er von einer Abgabe des Grundstücks im Baurecht hält. Die Aufgabe der Schule sei die Bildung und nicht die Liegenschaftsverwaltung, sagte er wiederholt. Zudem wollte die Schulpflege die Sanierung und Erweiterung des Stägenbuck-Schulhauses in Dübendorf mit

dem Geld aus dem Landverkauf finanzieren und war deshalb nicht interessiert an längerfristigen Einnahmen, welche bei einer Abgabe im Baurecht anfallen.

Zur neu aufgelegten Forderung von GEU/GLP, SP und den Grünen will Sturzenegger inhaltlich nicht Stellung nehmen. Erst werde die Initiative auf ihre Gültigkeit hin überprüft, dann befasse sich die Gesamtschulpflege mit dem Thema, sagt er auf Anfrage. Die Initiative muss spätestens drei Monate nach Einreichung der Gemeindeversammlung vorgelegt werden. Dann wird sie entweder abgelehnt – oder aufrechterhalten, worauf die Schulpflege im Sinne der Initiative tätig werden müsste. *Thomas Bacher*